



KURTAXE
Streit um
Touristen-Abgabe
am Bodensee
Baden-Württemberg



116 117
MIT DEM NOTRUF GIBT
ES GROSSE PROBLEME
Thema des Tages



TENNIS
So fördert Nadal
in Spanien junge
Tennisspieler
Sport

KONSTANZ

DONNERSTAG, 17. MÄRZ 2022
NR. 63 | 78. JAHR | K
PREIS 2,70 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

Hotelierefamilie Kolb investiert kräftig

Obwohl die Branche unter Corona leidet, setzt die Hotelierefamilie Kolb auf die Zukunft. Sie erweitert das Fünf-Sterne-Superior-Hotel Riva in Konstanz, das morgen wieder seine Pforten öffnet, und eröffnet im Mai ein neues Hotel in Wangen im Allgäu. Zudem will sie Bedingungen schaffen, die Beschäftigten das Arbeiten in der Branche wieder schmackhaft machen. In Wangen startet das Hotelrestaurant deshalb mit einer Fünftage-Woche. (rin)

BODMAN-LUDWIGSHAFEN

Bald Bohrplattform auf dem Bodensee

Eine Bohrgesellschaft macht in den kommenden Monaten Erkundungsbohrungen für die Bodenseewasserversorgung in Bereichen bei Ludwigshafen und Sipplingen. Dazu wurde am Mittwoch eine Ponton-Bohrplattform im Bodman-Hafen zusammengebaut. Ein Autokran setzte dabei einen 14 Tonnen schweren Bohrer auf den Ponton. Die Bohrungen beginnen bald bei Ludwigshafen und dauern bis Mitte Mai. Ab Juni geht es bei Sipplingen weiter. (löf)

KREIS WALDSHUT

Corona-Ausfälle beim Klinikpersonal

Die hohe Corona-Inzidenz im Landkreis Waldshut schlägt sich auch im Betrieb des Klinikums Hochrhein nieder. Das Krankenhaus in Waldshut wird in den kommenden sieben Tagen seinen Betrieb einschränken müssen. Von den Engpässen betroffen ist der internistische Bereich, weil dort aufgrund von Quarantäne und Krankenständen Mitarbeiter nicht einsetzbar seien, wie das Klinikum mitteilt. Die Notfallversorgung bleibt aufrechterhalten. (jet)

Covid-19 in Baden-Württemberg Covid-Patienten auf Intensivstation



Hospitalisierungs-Inzidenz



Inzidenz in Baden-Württemberg



BODENSEE-WETTER



www.suedkurier.de/wetter Seite 10
Bilder: dpa



Das Leid der verschickten Kinder

- Viele Kinderkurheime waren ein Ort der Gewalt
- Betroffene sprechen nun über ihre Erfahrungen
- Landesstiftung gibt 400 000 Euro für Aufarbeitung

Man nennt sie „Verschickungskinder“: Rund acht Millionen Kindern wurde zwischen den 1950er- und 1980er-Jahren in Westdeutschland von Ärzten eine Kur verschrieben. Sie dauerte meist sechs Wochen und wurde für viele Kinder zu einer Erfahrung von Gewalt. Viele ehemalige Verschickte leiden noch heute unter Traumata, die in der Kinderkur wurzeln. Was lange be-

schwiegen wurde, wird inzwischen thematisiert und aufgearbeitet. Betroffene vernetzen sich online, die Politik sagt Hilfe zu, die Landesstiftung Baden-Württemberg gab nun fast 400 000 Euro für Nachforschungen frei. (mic)

Leben und Wissen: Fünf Ehemalige aus der Region erzählen von ihren leidvollen Erfahrungen bei der Kinderkur



Katarina Ganslandt (hier mit sechs Jahren) lebte in Konstanz und war 1972 im Kinderkurheim „Haus Schwoerer“ (oben) in Lenzkirch-Saig am Titisee. BILD: SK/GANSLANDT

Entlastung bei Energiepreisen

Der Heizkostenzuschuss wird verdoppelt, die Pendlerpauschale erhöht. Beim Spritpreis ist sich die Ampel-Koalition noch uneins

Berlin (dpa) Bürger mit wenig Einkommen, aber auch alle Steuerzahler und Unternehmen bekommen staatliche Hilfe wegen der dramatisch gestiegenen Energiekosten. Das Bundeskabinett brachte mehrere Entlastungsmaßnahmen auf den Weg, auf die sich SPD, Grüne und FDP bereits vor dem Ukraine-Krieg grundsätzlich geeinigt hatten. Außerdem beschlossen die Ampelfraktionen, den geplanten Heizkostenzuschuss für Haushalte zu verdoppeln.

Doch schon jetzt ist klar: Auch dabei soll es nicht bleiben. Denn seit dem Krieg sind die Kosten noch einmal in die Höhe geschossen – am deutlichsten sieht man das an der Tankstelle. Seit Tagen bereits ringt die Koalition um weitere Hilfen vor allem für Autofahrer. Folgende Maßnahmen wurden auf den Weg gebracht: Das Kabinett beschloss, dass die eigentlich 2024 anstehende Erhöhung der Pauschale für Fernpendler – ab dem 21. Kilometer – wegen der gestiegenen Spritpreise vorgezogen wird. Befristet und rückwirkend zum 1. Januar sollen nun 38 Cent (statt 35) abgerechnet werden. Die Werbekostenpauschale wird rückwirkend zum Jahresbeginn um 200 Euro auf 1200

Euro erhöht. Statt 135 Euro sollen allein lebende Wohngeldempfänger einen einmaligen Zuschuss von 270 Euro zu ihren Heizkosten bekommen. Für Zweipersonen-Haushalte soll es 350 Euro geben, für Studenten mit Bafög sowie Bezieher von Aufstiegs-Bafög und Berufsausbildungsbeihilfe 230 Euro. Der Bundestag soll die Hilfen heute bereits beschließen, damit das Geld ausgezahlt werden kann, wenn die Nebenkostenabrechnung ansteht. Davon profitieren 2,1 Millionen Bürger.

Kommentar: „Schnelle Hilfe“

Reichen die Entlastungen aus?
www.sk.de/umfrage

Neue Regeln für den Arbeitsplatz

Berlin (epd) Mit dem geplanten Wegfall bislang verpflichtender Corona-Schutzmaßnahmen von Sonntag an gelten auch am Arbeitsplatz neue Regeln. Wie das Bundesarbeitsministerium in Berlin mitteilt, gilt ab dem 20. März eine neue Arbeitsschutzverordnung. Betriebe können dann nach einer Gefährdungsanalyse weiter Basisschutzmaßnahmen wie das Tragen von Masken festlegen. Sie müssen aber nicht mehr verpflichtend Corona-Tests zur Verfügung stellen und Homeoffice ermöglichen. Zudem entfällt die 3G-Regel am Arbeitsplatz. Arbeitgeber dürften dies dann nicht mehr verlangen.

Ukraine gegen neutralen Status

Kiew (AFP) Die Ukraine hat den russischen Vorschlag eines neutralen Status nach dem Vorbild Schwedens und Österreichs zurückgewiesen. Der ukrainische Präsidentenberater Mychailo Podoljak forderte stattdessen angesichts der Verhandlungen über eine Neutralität seines Landes „absolute Sicherheitsgarantien“ inklusive einer Verpflichtung von Partnerstaaten, der Ukraine bei einem Angriff beizustehen. Die russische Armee setzte derweil ihren heftigen Beschuss ukrainischer Städte fort. In Kiew wurden nach ukrainischen Angaben zwei Menschen getötet.

Seiten 4 und 5: Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen

Lernlücken durch Corona-Krise

Stuttgart (epd) Der Philologenverband Baden-Württemberg schlägt Alarm. Bei 62 Prozent der Kinder sei der Lernerfolg durch die Corona-Krise deutlich beeinträchtigt. „Die Politik muss endlich Geld in das Bildungssystem investieren“, teilt der Verband mit. Er beruft sich auf eine repräsentative forsa-Studie mit mehr als 1000 Eltern aus Baden-Württemberg, deren Kinder derzeit zur Schule gehen. Insgesamt gebe es viel zu wenig Maßnahmen für das Aufholen von Lernlücken. 42 Prozent der Schüler seien auch in ihrer sozial-emotionalen Entwicklung beeinträchtigt.

Kommentar: „Enorme Aufgabe“
Seite 6: Sorge um den Lernerfolg der Kinder

KOMMENTARE

ENERGIEKOSTEN

Schnelle Hilfe

VON ANGELIKA WOHLFROM

Angesichts explodierender Preise beim Gas und Öl musste die Regierung etwas tun: Besonders bei Geringverdienern, Rentnern, Studenten und Alleinerziehenden dürfte die nächste Heizkostenrechnung mächtig ins Kontor schlagen. Ohne kompliziertes Beantragen wird ihnen nun direkt Geld überwiesen. Gut so. Doch wird der Staat kaum alle Härten abfedern können, die der Ukrainekrieg und die notwendige Abkehr von fossilen Brennstoffen am Energiemarkt nach sich ziehen. Und das muss er auch nicht. Nicht jeder Autofahrer hat den Rabatt nötig, der FDP-Chef Christian Lindner vorschwebt. Die gut motorisierten Doppelverdiener trifft die Tankstellenrechnung zwar auch – aber trotzdem bleibt am Ende des Monats noch etwas im Geldbeutel übrig. Die Ampel-Koalition wird sich konzentrieren müssen: auf Branchen, denen Öl- und Gas-Teuerungen schnell die Existenz kosten, was wieder ganz andere Erschütterungen nach sich ziehen könnte, und auf Bürger, bei denen ohnehin alles auf Kante genäht ist.

SCHULEN NACH CORONA

Enorme Aufgabe

VON ULRIKE BÄUERLEIN

Für viele Eltern bestätigt die Umfrage des Philologenverbands das, was sie seit zwei Jahren an ihren eigenen Kindern beobachten können: In der Pandemie ist der Unterricht und das Lernen vielfach auf der Strecke geblieben. Die Lücken werden diese Generation ein Stück weit begleiten. Dennoch ist es nicht angemessen, dem Bildungssystem hier ein Komplettversagen vorzuwerfen. Die Aufgabe ist enorm. Dass Programme, die gegen die Lernlücken helfen sollen, nur einen Bruchteil der Schüler erreichen, die sie benötigen würden, ist bitter. Die Gründe dafür aber sind vielfältig und nicht unter der ewig gleichen Rechnung – zu wenig Lehrer, zu große Klassen, zu viel Unterrichtsausfall, zu wenig Unterstützungsangebote – zu subsumieren. Mindestens ebenso wichtig wie das Schließen der bereits entstandenen Lücken aber ist jetzt die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Schulen in ihr dann vielleicht drittes Pandemie-Schuljahr endlich besser gerüstet gehen als in die beiden vergangenen Jahre.

UNTEN RECHTS

Da hatte es jemand eilig

Im Landkreis Rotenburg hat eine Frau in einem Rettungswagen ihr Baby zur Welt gebracht. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, wollte die Hochschwangere mit ihrem Mann mit dem Auto ins Krankenhaus fahren, als der Wagen wegen eines Motorschadens auf der A1 nahe Sottrum liegen blieb. Nach einem Notruf kamen ein Streifenwagen der Autobahnpolizei, Rettungskräfte und ein Abschleppdienst. Die Frau wurde zum Rettungswagen gebracht, der sie ins Krankenhaus fahren sollte. Kurze Zeit später begann die Geburt. (dpa)